

**Niederschrift
über die 41. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses**

Sitzung am :	Montag, den 15.01.2024
Sitzungsort:	Sitzungszimmer 345 - 3. Etage

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:10 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Vorsitzende

Frau Bürgermeisterin Kerstin Wolf

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Dieter Blechschmidt	zeitweise anwesend
Herr Stefan Golle	
Herr Thomas Haubenreißer	
Herr Daniel Herold	
Herr Danny Przisambor	
Herr Mirko Rust	
Herr Thomas Salzmänn	
Herr Gerald Schumann	
Herr Bernd Stubenrauch	

Beratendes Mitglied

Herr Wolfgang Alboth
Herr Matthias Gräf
Herr Rainer Pietschmann

Abwesende:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Beratendes Mitglied

Herr Felix Albert	entschuldigt
Herr Michael Persch	entschuldigt
Frau Alice Schubert	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Markus Löffler	FGL Stadtplanung und Umwelt	TOP 1.3
Frau Carla May	Klimaanpassungsmanagerin	TOP 2
Herr Steffen Ullmann	FGL Tiefbau	TOP 2.1

Weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Uhlig	Freie Presse	Berichterstattung

Tagesordnung: **öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Beantwortung von Anfragen
- 1.3. Informationen der Bürgermeisterin
Information zum Abrechnungsstand Elsteraue
2. Information
- 2.1. Information zum Stand des Klimaanpassungskonzeptes
Drucksachenummer: 0966/2023
3. Vorberatung
- 3.1. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Aufhebung Wintersperre für Fußgängertreppen-, Reg.-Nr. 370-23 - Stellungnahme der Verwaltung
4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Frau Bürgermeisterin Wolf eröffnet die 41. Sitzung des Stadtbau- und Umweltausschusses am 15.01.2024 durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit. Für die Mitzeichnung der Niederschrift werden die Stadträte Thomas Haubenreißer, FDP-Fraktion, sowie Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, vorgeschlagen und bestätigt.

1.1. Tagesordnung

Gem. aktueller Änderung in § 39 SächsGemO weist die Bürgermeisterin darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitgliedes als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Die Tagesordnung über den öffentlichen Teil wird bestätigt.

1.2. Beantwortung von Anfragen

Frau Bürgermeisterin Wolf räumt ein, dass noch einige Anfragen offengeblieben sind. Sie bittet hierfür um Verständnis und wird diese im Februar nachreichen.

1.3. Informationen der Bürgermeisterin

Herr Ullmann, FGL Tiefbau, informiert über den Stand der Planungen zum Kreisverkehr an der Martin-Luther-Straße/Ecke Reißiger Straße. Das Planfeststellungsverfahren wurde durchlaufen. Die Stadt steht unmittelbar vor der Unterzeichnung des städtebaulichen Vertrages mit der Firma Edeka.

Er führt aus, dass es keine Einwendungen zum Vorhaben gegeben hat, lediglich Hinweise.

Herr Ullmann stellt den Baubereich anhand einer Präsentation dar und geht dabei auch auf die Führung der Fuß- und Radwege ein. Einen Knotenpunkt unterhalb der Kreuzung verläuft der durchgängige Radweg Ostvorstadt/Lessing-Gymnasium.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, möchte festhalten, dass „Fußgänger frei“ kein Radweg ist. Radfahrer werden voraussichtlich die Straße nutzen. Er sieht darin keine Entsprechung zu dem von der Stadt aufgestellten Verkehrsentwicklungsplan, weil darin eine Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer festgehalten wurde.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erkundigt sich nach den grundsätzlichen Änderungen zu den Planungen von 2015.

Herr Ullmann führt aus, dass der Kreisverkehr leicht verschoben wurde und dadurch jetzt der Eingriff in das Edeka-Grundstück größer ist.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, erinnert sich, dass die Firma Edeka eine eigene Zufahrt verlangt hatte.

Frau Bürgermeisterin Wolf bestätigt, dass der Vorteil für die Firma Edeka nunmehr in der geplanten Linksabbiegerspur von der Martin-Luther-Straße aus liegt.

Herr Alboth, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, ergänzt, dass die Firma Edeka sein Stellplatzkonzept angepasst hat.

Herr Ullmann möchte darüber hinaus über den Stand der Arbeiten an der Neuen Elsterbrücke sowie kältebedingte Umstände informieren.

Es wurde ein Behelfsgleis für die Straßenbahn stadteinwärts verlegt. Dieses Gleis muss jetzt an das bestehende Netz angebunden werden, für diese Arbeiten werden jedoch konstante Mindesttemperaturen von fünf Grad plus benötigt. Legt man die aktuellen Wetterprognosen zugrunde, ist Herr Ullmann zuversichtlich, dass die Arbeiten ggf. Ende Januar fortgesetzt werden können. Für den Monat März ist schließlich der Abbruch geplant. Aktuell ruhen die Arbeiten jedoch nicht völlig, es werden z. B. Deckel auf die Syraüberdeckung aufgebracht.

Herr Löffler informiert zum Abrechnungsstand EFRE in der Elsteraue anhand einer Präsentation. Er stellt die Entwicklung anhand von Fotos sowie Videos dar. Das Gebiet ist bereits seit Jahrzehnten, konkret seit dem Jahr 2000, Schwerpunkt der Fördergebiete der Stadt Plauen. Leitprojekte waren dabei immer das Weisbachsche Haus sowie die Hempelsche Fabrik. In diesem Bereich ist auch das bestehende Fernwärmenetz erweitert worden. Insgesamt flossen fast 11 Mio. Euro Fördermittel allein aus der EU in dieses Gebiet und es wurden keine Gelder zurückgegeben.

Frau Bürgermeisterin Wolf bedankt sich ausdrücklich beim Fachbereich Bau und Umwelt für die gute Arbeit der vergangenen Jahre.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SGI-Fraktion, lobt die Errungenschaften der letzten Jahre auf diesem Gelände, erkundigt sich jedoch abschließend nach der Zukunft des noch auf dem Gelände befindlichen alten Wasserturmes.

Frau Bürgermeisterin Wolf erläutert, dass bislang noch keine geeignete bzw. finanzierbare Idee für den Wasserturm gefunden wurde. Auch die Hofwiesenstraße 7 sei in einem baulichen Zustand, die aktuell keine Nutzung zulasse. Hinzu kommt, dass man in diesem Gebiet keine städtebauliche Förderung mehr erhalten werde. Gerne bietet sie den Stadträten die Möglichkeit, das Objekt Hofwiesenstraße auch mal persönlich in Augenschein zu nehmen.

Herr Stadtrat Przisambor, SGI-Fraktion, erinnert sich, dass das Grundstück Hofwiesenstraße zweigeteilt war und hakt nach, von welchem aktuell die Rede sei.

Frau Bürgermeisterin Wolf erklärt, dass nur das vordere Grundstück im Eigentum der Stadt sei, das hintere sei anderweitig veräußert worden.

Herr Pietschmann, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der FDP-Fraktion, erkundigt sich nach der Zukunft des frei stehenden, gelb gestrichenen Hauses Walkgasse/Mühlberg.

Frau Bürgermeisterin Wolf antwortet, dass die Stadt das Gebäude angekauft habe, um dort das Wohnen künftig auszuschließen. Sie hat nicht vor, es abreißen zu lassen, da es in einem baulich guten Zustand sei. Vielmehr wurden zunächst einige darum befindliche Baracken abgerissen und die Außenanlagen gestaltet.

Herr Löffler, FGL Stadtplanung und Umwelt, ergänzt, dass sich auch die Brüder Claus und Bernhard Weisbach für einen Erhalt des Gebäudes ausgesprochen hätten.

Herr Stadtrat Herold, Fraktion DIE LINKE., begrüßt den Erhalt dieses Gebäudes.

Herr Stadtrat Stubenrauch fragt, ob man den Vomag-Verein nicht unterstützen könne, welche sogar noch über eine Stickmaschine aus den 30er-Jahren verfügen würde.

Die Bürgermeisterin Wolf sieht den Verein hierfür finanziell nicht ausreichend aufgestellt.

2. Information

2.1. Information zum Stand des Klimaanpassungskonzeptes

Drucksachenummer: 0966/2023

Frau May, Klimaanpassungsmanagerin, arbeitet gemeinsam mit einem Büro an der Erstellung eines Klimaanpassungskonzeptes und berichtet im Rahmen einer Präsentation mit zahlreichen Karten sowie einer Simulation über dessen aktuellen Stand. Sie unterstreicht das eine klimangepasste Stadt einen Standortvorteil darstellen könne. Frau May betont, dass die Karten künftige Planungen unterstützen können.

Frau Bürgermeisterin Wolf unterstreicht dessen Wichtigkeit, da die Stadt in der Vergangenheit viel Geld für die Beseitigung von Hochwasserschäden hat ausgeben müssen.

Frau May erläutert, dass die gewonnenen Erkenntnisse in einen Maßnahmenkatalog einfließen werden.

Insbesondere wurden die Themen Überschwemmung und Starkregen untersucht, Trockenheit sowie Wärmebelastung für die Bevölkerung.

Mit Blick auf evtl. künftige Starkregenereignisse wurden besonders der Friesenbach sowie die Gemarkung Straßberg untersucht, aber auch die Gefahr der Abtragung von wertvollem Oberboden von Ackerflächen.

Die Klimaanpassungsmanagerin schlägt ganz allgemein Gegenmaßnahmen vor, wie das Etablieren von Frühwarnsystemen, der Objektschutz, Nutzungsänderungen in der Landwirtschaft oder die Einführung von Notfallplänen.

Wie bereits bekannt, ist die Temperatur in den letzten Jahren stetig leicht gestiegen. Frau May zeigt dabei besonders betroffene Stadtgebiete Chrieschwitz sowie Reusa mit Sorga auf.

Die Planung sollte hier auf Verschattung, die Einrichtung von Trinkbrunnen oder das Freilegen von Gewässern liegen. Stadtbäume wurden nach ihrer Trockenheitsstresstoleranz klassifiziert. Städtische Waldflächen wurden auf die dort vorherrschenden Baumarten hin untersucht. Der Fokus sollte hier auf dem nachhaltigen Waldumbau sowie einer Naturverjüngung liegen.

Abschließend wurde Niedrigwasser in Kleingewässern und Flüssen untersucht. Der Eiditzlohbach gilt hierbei als besonders betroffen. Reaktionsmöglichkeiten liegen hierbei ganz allgemein in der Gewässerrenaturierung sowie in der Verschattung der Gewässer.

Ende Februar plant Frau May darüber hinaus eine Bürgerbeteiligung, zu welcher die vorgenannten Ergebnisse und Auswertungen vorgestellt werden sollen.

Herr Stadtrat Rust, AfD-Fraktion, spricht allgemein das Thema Regenrückhaltebecken an. In den letzten Jahren sei die Materie von der Stadt kaum ernst genommen, sondern vielmehr ein schneller Regenwasserabfluss favorisiert worden. Hat sich die Einstellung der Stadt hier evtl. zwischenzeitlich geändert?

Herr Ullmann, FGL Tiefbau, führt z. B. das Regenrückhaltebecken Seumestraße an, welches der ZWAV gerade baut oder auch den Mehrgenerationenspielplatz Elsteraue, wo der ZWAV ein solches Becken plant. Er räumt jedoch ein, dass es sowohl dem ZWAV als auch der Stadt, welche beim Bau auch immer anteilig beteiligt ist, an den finanziellen Mitteln mangelt. Häufig seien es jedoch auch andere Umstände, die den Bau eines Regenrückhaltebeckens verhinderten, wie z. B. die Nähe zu einem Gewässer. Es wird aber in solchen Fällen z. B. versucht, Regenwasser in Gräben zu sammeln und vor Ort dem Grundwasser bzw. dem Gewässer zuzuführen.

Herr Stadtrat Rust schlägt das Anlegen von Becken zur Versickerung von Wasser vor Siedlungen vor.

Herr Ullmann führt aus, dass dies eine Möglichkeit in einem künftigen Maßnahmenkatalog sein könnte.

Zudem greift Herr Stadtrat Rust, AfD-Fraktion, die erwähnte Idee von Frühwarnsystemen auf Feldern auf und fragt, wie man sich das vorstellen müsse. Außerdem interessieren ihn die Kosten, die potenziell auf die Stadt zukommen können, wenn den Landwirten Vorschriften z. B. bei der Bewirtschaftungsrichtung oder der Pflanzung von Gehölzstreifen gemacht würden.

Frau May erläutert, dass damit lediglich ein allgemeines Frühwarnsystem für die gesamte Stadt gemeint sei, welches die Möglichkeit bietet, im Ernstfall frühzeitig zu reagieren.

Frau Bürgermeisterin Wolf erläutert, dass man zu den konkreten Kosten erst Auskunft geben könne, wenn die Betroffenheiten sowie die zu ergreifenden Gegenmaßnahmen feststehen.

Herr Stadtrat Rust, AfD-Fraktion, möchte vor diesem Hintergrund wissen, wie viel Ackerfläche in den von Frau May untersuchten Gebieten der Stadt Plauen gehört.

Frau Bürgermeisterin Wolf sagt eine schriftliche Antwort zu.

Herr Stadtrat Rust sieht einen Widerspruch in der Formulierung, dass mit angepasster Naturverjüngung gearbeitet werden soll.

Darüber hinaus hätte er gern den Vorschlag der standortangepassten Pflanzungen näher erläutert, da eine natürliche Standortanpassung in Deutschland hauptsächlich Buchen bedeuten würde.

Frau May räumt ein, dass der Begriff möglicherweise missverständlich ist, bekräftigt jedoch, dass sie sehr eng mit verschiedenen Förstern zusammenarbeitet. Diese betreiben bereits Naturverjüngung und Waldumbau hin zu einem resistenteren Mischbestand.

Herr Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, lobt besonders die Starkregensimulation. In diesem Zusammenhang interessiert ihn, wie die Zusammenarbeit mit der Landestalsperrenverwaltung ist. Zudem verfolgt die Landestalsperrenverwaltung seines Wissens Pläne zur Renaturierung der Elster zwischen Straßberg und Kürbitz. Ihn interessiert hierbei der aktuelle Stand.

Herr Ullmann führt aus, dass im Rahmen des Klimaanpassungskonzeptes keine direkte Zusammenarbeit mit der Landestalsperrenverwaltung erfolge. Hinsichtlich der Pläne zur Renaturierung sei ihm kein neuer Kenntnisstand bekannt geworden.

Darüber hinaus sei Herrn Stadtrat Blechschmidt, CDU-Fraktion, aus Niedersachsen bekannt, dass dort bei Neubauten nur noch drei Liter Regenwasser pro Sekunde eingeleitet werden dürfe, wie sei dies bei uns geregelt?

Herr Ullmann teilt mit, dass ihm eine derartige Begrenzung der Einleitungsmengen in Sachsen nicht bekannt ist.

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, fragt Frau May, ob sie der Ansicht ist, dass es in Plauen bereits relativ viel Stadtgrün gibt.

Frau May stimmt dem zu, auch wenn sie gern den Anteil an Fassadenbegrünung noch erhöhen möchte.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bittet um einen Zugang zu den gezeigten Karten und Simulationen.

Er fragt ferner, ob man eine Vergleichbarkeit mit ähnlich großen Städten herstellen könne.

Frau Wolf entgegnet, dass ihr neben Leipzig aktuell keine weitere Stadt bekannt sei, die ein Klimaanpassungskonzept durchführe.

Grundsätzlich findet Frau May, dass man die Klimaanpassung nicht vernachlässigen sollte, nur weil es Städte gibt, die größere Umweltprobleme haben.

Herr Gräf, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der CDU-Fraktion, regt an, dass bei der künftigen Stadtbegrünung wirklich geschaut wird, wo welcher Baum am sinnvollsten gepflanzt werden kann. Auch ein Waldbauer sollte auf die Information Zugriff haben, welche Bäume auf welchen Flächen gedeihen werden.

Herr Stadtrat Herold, Fraktion DIE LINKE., schlägt vor, Maßnahmen, welche aus diesem Konzept resultieren und die Aufenthalts- und Lebensqualität in der Stadt erhöhen, durchaus im Rahmen des Stadtmarketings zu verwenden.

Herr Alboth, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bittet ebenfalls höflich um Zugriff auf das gezeigte Kartenmaterial.

Herr Stadtrat Schumann, AfD-Fraktion, bezieht sich auf das am 01.07.2024 in Kraft tretende Bundes-Klimaanpassungsgesetz und möchte ergänzend wissen, wie denn der Stand der Umsetzung auf Länderebene ist.

Frau Bürgermeisterin Wolf sagt eine schriftliche Antwort zu.

Herr Stadtrat Rust, AfD-Fraktion, stellt die Frage, ob es eine Limitierung für die Höhe der Stadtbäume gibt. Ihm sei aufgefallen, dass in der Stadt nur relativ kleine Bäume stünden.

Herr Ullmann räumt ein, dass für eine Ausschreibung eine Vorauswahl der infrage kommenden Bäume getroffen wird, hierbei gibt es jedoch keine generelle Beschränkung in der Wuchshöhe. Bei Stadtbäumen kommt es jedoch nicht selten vor, dass z. B. ein Wurzelschutz verbaut werden muss, weil direkt neben dem Baum wichtige Leitungen verlaufen. Dies hat sicherlich Auswirkungen auf die Wuchshöhe.

3. Vorberatung

3.1. Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion - Aufhebung Wintersperre für Fußgänger- treppen-, Reg.-Nr. 370-23 - Stellungnahme der Verwaltung

Herr Stadtrat Stubenrauch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, stellt seinen Antrag nochmals kurz vor, ist jedoch mit der Stellungnahme der Verwaltung einverstanden.

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, ergänzt, dass die Satzung der Stadt die Verwendung von Streusalz generell, bis auf wenige Ausnahmen, verbietet. Er schlägt vor, künftig Sperrungen an attraktiven Standorten, wie Grünanlagen, ansehnlicher zu gestalten, um den Eindruck einer Baustelle zu vermeiden.

Herr Alboth, sachkundiger Einwohner auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, appelliert an die Vertreter der Stadt, angesichts der Millioneninvestitionen, welche in diese Projekte geflossen sind irgendwie auch im Winter eine Offenhaltung der Wege an der BA Plauen bzw. am Schlosshang zu ermöglichen.

Frau Bürgermeisterin Wolf entgegnet, dass dafür ein höheres Budget für die Ausstattung des Winterdienstes vonnöten wäre.

Sie erklärt den Antrag der Fraktion damit für beantwortet. Nach Abstimmung mit den Stadträten kann deshalb eine Abstimmung unterbleiben.

4. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Stadtrat Przisambor, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erkundigt sich nach dem Stand der denkmalrechtlichen Abstimmungen hinsichtlich des Daches des Weisbachschen Hauses Teil II.

Frau Bürgermeisterin Wolf bestätigt, dass die Abstimmungen im Rahmen einer Vorstudie mit Herrn Sünderhauf von der Denkmalschutzbehörde erfolgt sind.

Plauen, den

Plauen, den

Kerstin Wolf
Bürgermeisterin

Thomas Haubenreißer
Stadtrat

Plauen, den 30.01.2024

Plauen, den

Lydia Grüner
Schriftführerin

Daniel Herold
Stadtrat